

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Hauptredaktion: Amt Norden 2893 und 2896.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.
Hauptredaktion: Amt Norden 11007 und 11008.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Poststellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 M. Für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einzahlung der Bezugsgebühren erforderlich. — Die „Freiheit“ ist im ersten Nachtrag der Postzustellungsliste für 1919 eingetragen und kostet bei direktem Postbezug ohne Postgebühren monatlich 2 M., bei Zustellung unter Streifenband 4 M.

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 1

Montag, den 30. Dezember 1918

Nummer 80

Die Hinausdrängung der Unabhängigen.

Der Rücktritt.

Unsere Freunde in der Regierung haben die Gründe, die sie zum Austritt aus dem Rat der Volksbeauftragten zwangen, in einer Darstellung zusammengefaßt, die folgendermaßen lautet:

Die Regierungskrise, die jetzt zur Lösung gekommen ist, begann, tiefer gesehen, schon an dem Tage des Regierungsanfangs. Unter dem Zwang der revolutionären Ereignisse waren die Vertreter grundsätzlicher Anschauungen zu gemeinsamer Arbeit zusammengeschmiedet worden. Alle Beteiligten hatten das Bestreben, die ihnen zugewiesene Aufgabe zu erfüllen und zu diesem Zweck alle persönlichen Reibungen zu vermeiden. Es ist auch geschildert, das Zusammenarbeiten von dem erditternden Moment persönlicher Vorwürfe frei zu halten. Aber die tatsächlichen Gegensätze mußten ausgetragen werden und hemmen, je länger desto mehr den Regierungsorganismus.

Als am 6. Dezember in der Chausseestraße die Maschinengewehre der Stabskommandantur auf friedliche Demonstrationen feuerten, als ein Trupp Soldaten den Volksgartrakt der Arbeiter- und Soldatenräte festnahm und der Versuch gemacht wurde, Ebert zum Präsidenten der Republik auszurufen, war die Situation kritisch geworden. Da aber der Stadtkommandant Wels nicht nur sofort seine Unschuld beteuerte, sondern auch der Beweis, daß er an den Anordnungen, die zum Blutvergießen geführt hätten, beteiligt gewesen sei, nicht erbracht werden konnte, und da ferner Ebert mit Nachdruck versicherte und glaubhaft machte, daß er von dem Quisling völlig überrascht sei und ihn nicht billige; so war für die unabhängigen Mitglieder des Kabinetts somals keine politische Situation gegeben, die ein Auscheiden aus dem Rat der Volksbeauftragten gerechtfertigt hätte und die den Massen verständlich gewesen wäre.

Die Meinungsverschiedenheiten in wichtigen Fragen der inneren und äußeren Politik helgerten sich aber seitdem. Die Vertrauenslosigkeit der Mehrheitssozialisten gegenüber der Obersten Heeresleitung führte sie dazu, die von dieser Seite kommenden Vorschläge meist unbesehen anzunehmen. Dadurch wurde die Macht der alten Militärführer. Dadurch wurde die Macht der alten Militärführer. Dadurch wurde die Macht der alten Militärführer.

Diese Auffassung erhielt neue Nahrung, als plötzlich vor einer Woche eine Demobilisierungsbefehl vorbereitet wurde, die die Zurückhaltung und Auffüllung der beiden Jahresklassen 1907 und 1908 vorzöhl. Da die Oberste Heeresleitung nicht gleichzeitig gegen die Beschlüsse des Kongresses der A- und B-Räte über Abschaffung der Rangabzeichen und das Verbot des Waffentragens außerhalb des Dienstes fertig frantiert, so drängte die Frage zur Entscheidung, ob das Kabinett diese Nebenregierung, die sich noch verhängnisvoller jetzt betätigte, als unter dem Regime, gewähren lassen oder den Kampf mit ihr aufnehmen wolle. Das Bögen der Mehrheitssozialisten bewirkte, daß die Oberste Heeresleitung immer fühner in ihrem Angriff wurde, und die gesamten Offiziere gegen die Beschlüsse des Kongresses der A- und B-Räte, denen die Regierung zugestimmt hatte, und damit auch gegen die Regierung auftrat.

Unvermeidlich wurde eine klare Entscheidung zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen, als am 24. Dezember Schloß und Marfall bombardiert wurden und neue Opfer fielen. Den Unabhängigen war damit ihre Haltung klar vorgezeichnet. Da der Zentralrat aber von seinen eigenen Freunden vorgezeichnet. Da der Zentralrat aber von seinen eigenen Freunden vorgezeichnet.

Der Zentralrat, in den auf dem Kongress die Unabhängigen keine Vertreter entsandt haben, hat am Sonnabend, den

28. Dezember auf die Fragen, die die Unabhängigen ihm vorlegten, in völlig unbefriedigender Weise geantwortet und hat namentlich Ebert, Scheidemann und Landsberg gebot, obwohl diese selbst zur Ueberraschung ihrer unabhängigen Kollegen gestanden, daß sie in der Nacht zum 24. Dezember um 1 Uhr früh dem Kriegsmilitär den unbegrenzten Auftrag gegeben haben, alles zu tun, um Wels zu retten und damit die ungeheuerliche Kanonade gegen Schloß und Marfall, sowie das Blutvergießen verschuldet haben. Damit war der politische Moment gekommen, in dem die Unabhängigen das Kabinett verlassen mußten.

Die Unabhängigen standen kurz vorher vor der Frage, ob sie allein die Regierung übernehmen wollten. Dazu wären sie nur in der Lage gewesen, wenn sie sich auf einen Zentralrat hätten stützen können, der ihre Anschauungen in allen wesentlichen politischen Fragen teilte, denn jeder Regierung fehlte die Existenzgrundlage, wenn die Gewalt, von der sie selbst ihre Macht herleitete, die sie jederzeit absetzen kann, in den Grundanschauungen anders denkt wie sie selbst. Die weitere Entwicklung der inneren und äußeren Politik wird die vorhandenen Schwierigkeiten für die neue Regierung sicherlich vermehren. Daß sie sich dazu verhalten, die Rolle des starken Mannes, die sie so unglücklich begonnen hat, weiter fortzuführen, so wird das zu Kämpfen mit unabsehbaren Folgen innerhalb des Volkes führen.

Die Unabhängigen sind aus der Regierung mit dem Bewußtsein ausgeschieden, daß sie nach dem allgemeinen Zusammenbruch unter den denkbar schwierigsten Umständen in die Regierung eingetreten sind, jederzeit bestrebt, die Revolution zu sichern und zu fördern. Sie mußten aber ausscheiden in dem Augenblick, wo sie nicht mehr in der Lage waren, die Gefährdung der Revolution durch die Politik der Mehrheitssozialisten zu verhindern.

Wir brauchen dieser Darstellung zunächst nicht viel hinzuzufügen. Unsere Genossen haben in der Tat alles getan, um die Einheit der proletarischen Front zu wahren. Der Entschluß, aus der Regierung auszutreten, wäre ihnen fürwahr sehr leicht gefallen, wenn sie sich von persönlichen oder fraktionellen Interessen leiten ließen.

Es war keine leichte und keine angenehme Aufgabe, unter den schwierigsten Verhältnissen an ungünstiger Stelle für die Sache des Sozialismus zu wirken gegen die Hemmungen und Widerstände von rechts, und unter den heftigsten Angriffen von links. Wenn sie es getan haben, so deshalb, weil sie es für ein Lebensinteresse des Sozialismus gehalten haben, daß die gesamte Arbeiterklasse hinter ihrer revolutionären Regierung stehe, um die Errungenschaften der Revolution zu sichern und zu erweitern. Sie mußten aus der Regierung scheiden, weil die Erfüllung dieser Aufgabe durch das Verhalten der Rechtssozialisten unmöglich geworden war. Sie mußten sich überzeugen, daß die Rechtssozialisten die Revolution nicht fortführen, sondern zum Abbruch bringen wollen, daß ihr Leitmotiv nicht ist, den Sozialismus durchzusetzen mit Hilfe aller Kräfte des Proletariats, sondern daß sie nach der Revolution wie vorher die Verbindung mit der Bourgeoisie festhalten wollen.

Den Rechtssozialisten fehlt der sozialistische Geist und die sozialistische Ethik. Nur so ist überhaupt die Entstehung des Konfliktes zu erklären, der schließlich den Bruch herbeiführen mußte. Hugo Preuß, der jetzige Staatssekretär des Innern, hat einmal sehr richtig bemerkt, daß, als nach dem 4. August sich die Spitzen der Staatsbürokratie mit denen der Partei- und Gewerkschaftsbürokratie fanden, sie zu gegenseitiger Verwunderung erkannten, daß sie gar nicht so verschieden waren. Und in der Tat! In den rechtssozialistischen Führern lebt der Geist des alten Systems, dieser Ungeist der Autorität, diese Wesensfremdheit wirklicher Demokratie gegenüber, das Mißtrauen gegen die Massen und auch sie sehen stets mit scheuem Seitenblick auf die bereitstehende Polizei, sobald das Volk sich zu regen beginnt. Gewiß, sie hollen schließlich auch den Sozialismus. Aber sie

möchten ihn mit den Mitteln des alten Systems, mit Polizei- und Bürokratie, in möglicher Rücksicht auf die Bourgeoisie und vor allem ungeführt vor allen „unberechenbaren Einflüssen der Straße“.

Die Revolution war ganz gut, sie hat geleistet, was die Parlamentsreden und Parteitagebeschlüsse nicht zustande gebracht haben. Aber jetzt solls genug sein. Parlamentsreden und Parteitagebeschlüsse werden das Werk beenden.

Da aber in revolutionären Zeiten die Ruhe nicht so rasch eintritt, so appellieren sie in alter Weise wieder an die Gewalt. Nicht an die neue Gewalt, die aus der Revolution selbst entstehen muß, an die neu zu schaffende Armee, die auf demokratischen Grundsätzen beruht, sondern auf die Reste des stehenden Heeres mit seinem Kriegsmilitär und ihren Generalen. Und sie lassen es lieber zu einem Blutbad kommen, statt rechtzeitig und vernünftig zu verhandeln.

Aber die Anwendung der Gewalt hat ihre eigenen Gesetze. Heute glauben die Ebert und Genossen sie zu beherrschen, morgen werden sie von ihr beherrscht sein. Nur der erste Schritt ist frei, bei den andern werden sie die Knechte der alten Gewalten sein. Man kann nicht zugleich gegen die revolutionären Soldaten und Arbeiter sich auf die Machtmittel der Bourgeoisie stützen und den Kampf gegen dieselbe Bourgeoisie mit Kraft und Energie führen.

Der Tag wird kommen, an dem alle wirklichen Sozialisten der alten Partei die Stunde bedauern werden, in der ihrer Führer unsere Genossen aus der Regierung gedrängt haben. Uns aber ist die Aufgabe zugefallen, darüber zu wachen, daß nicht der Sozialismus der Leidtragende werde!

Kriegsminister Scheuch gegen Ebert und Genossen.

Im Kriegsministerium herrscht helle Empörung darüber, daß der Zentralrat auf Grund der ihm von Ebert und Genossen gegebenen Informationen in seiner Antwort auf die Frage unserer auscheidenden Kabinettsmitglieder den Kriegsminister Scheuch als den für das Blutbad am 24. Dezember Schuldigen hinzustellen sucht. Nach der Darstellung des Zentralrates hätten Ebert, Scheidemann und Landsberg dem Kriegsminister „lediglich den Auftrag erteilt, das Nötige zur Befreiung des Genossen Wels zu veranlassen“.

Nun ist ohne weiteres klar, daß der Kriegsminister Scheuch, wenn er wirklich die Kanonade auf Schloß und Marfall zu dem Zwecke hätte ausführen lassen, den Kommandanten Wels zu befreien, geradezu hirnverbrannt gehandelt und sich militärisch als komplett unfähig erwiesen hätte. Herr Scheuch ist natürlich im Interesse seines militärischen Aufsehens außerordentlich daran gelegen, keine falsche Darstellung des Sachverhalts aufkommen zu lassen. Er hat deshalb Einspruch erhoben gegen die Rolle, die ihm in der Darstellung des Zentralrates zugewiesen wird. Sein Auftrag hat nicht dahin gelaute, „das Nötige zur Befreiung des Genossen Wels zu veranlassen“, sondern rücksichtslos mit Militärgewalt den Widerstand der Matrosen zu brechen, um die Autorität der Regierung zu wahren. Die Kunde, daß die Aktion eingeleitet worden sei, Wels zu retten, ist erst hinterher von Ebert und Genossen erjournen worden. Damit haben sich diese auch gegenüber dem Zentralrat zu decken gesucht.

Durch die präzise Fragestellung unserer auscheidenden Kabinettsmitglieder ist die Wahrheit jetzt aus Licht gekommen. Ebert und Genossen haben ganz im Geiste des gestürzten militaristischen Gewaltsystems mit Kanonen gegen die Matrosen schiessen lassen, um vor der Dessenlichkeit als „starke Regierung“ dazustehen, und zu diesem Zweck allein — nicht zur Befreiung von Wels — ist das Blutbad angedacht worden.

